Verordnung über die Heimaufsicht (Heimverordnung)

vom 9. September 1996

Der Kantonsrat des Kantons Appenzell A. Rh.,

gestützt auf Art. 39 Abs. 4 der Kantonsverfassung sowie Art. 14^{bis} und 33 des Gesetzes vom 25. April 1965¹⁾ über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz),

verordnet:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung findet auf alle privaten und öffentlichen Einrichtungen Anwendung, welche berufsmässig erwachsene Personen zur Pflege, Betreuung, Beobachtung oder Resozialisierung aufnehmen und ihnen Unterkunft und Verpflegung anbieten.

² Sie gilt namentlich für:

- a) Heime für erwachsene Behinderte
- b) Alters- und Pflegeheime
- c) Heime zur Betreuung sozial gefährdeter Erwachsener
- d) sozialtherapeutische Wohngemeinschaften für Erwachsene

³ Vom Geltungsbereich ausgenommen sind:

- a) Spitäler²⁾
- b) Sonderschulheime³⁾
- c) Kinder- und Jugendheime, Heilpädagogische Pflegefamilien und sozialtherapeutische Wohngemeinschaften für Kinder⁴⁾

¹⁾ bGS 811.1 in der Fassung vom 26. April 1992 (Ifd. Nr. 399), im folgenden kurz: GesG

²⁾ vgl. Art. 14^{bis} Abs. 1 bis 4 GesG, Art. 39 Abs. 1 KVG

³⁾ vgl. Art. 10 und Art. 61 Schulgesetz (bGS 411.0) und Pflegekinderverordnung (SR 211.222.338)

⁴⁾ Pflegekinderverordnung (SR 211.222.338)

- d) andere öffentliche Einrichtungen, soweit sie unter besonderer kantonaler Aufsicht stehen.¹⁾

Art. 2 Organe

- a) Sanitätsdirektion

Die Sanitätsdirektion

- a) übt die gesundheitspolizeiliche Aufsicht über die Heime aus,
b) erteilt Bewilligungen zum Betrieb von Heimen und kann diese auch widerrufen²⁾.

Art. 3 b) Kantonale Heimkommission

¹ Der Regierungsrat wählt eine Heimkommission.

² Er achtet auf eine angemessene Vertretung der Gemeinden und der Heime.

³ Die Kommission

- a) sorgt für die Beratung der Gemeinden, Trägerschaften und Heimleitungen in allen fachlichen Belangen,
b) begutachtet zuhanden der Sanitätsdirektion Gesuche um Betriebsbewilligungen,
c) entscheidet über Beschwerden von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern und nahestehenden Personen,
d) beantragt der Sanitätsdirektion erforderliche Massnahmen,
e) erstellt Empfehlungen und informiert die Heimleitungen und die Trägerschaften periodisch in geeigneter Form,
f) beaufsichtigt die Tätigkeit der Fachstelle.

Art. 4 c) Fachstelle

¹ Die Sanitätsdirektion bestimmt eine Fachstelle für Heimaufsicht und -beratung.

² Die Fachstelle

- a) bietet den Heimleitungen fachliche Beratung an,
b) stellt den Kontakt zu den Heimleitungen und lokalen Kommissionen einerseits und den Gesundheitsbehörden andererseits sicher,
c) vermittelt bei Beschwerden von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern
d) besucht die Heime periodisch und beaufsichtigt sie.

¹⁾ Darunter fallen auch die sog. Justizheime (Verordnung über Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug Art. 11 Abs. 5, SR 341.1)

²⁾ vgl. Art. 14^{bis} Abs. 1 und 4 GesG

³ Die Beratung gemäss Abs. 2 lit. a erfolgt in der Regel gegen Entgelt; sie kann auch für Einrichtungen gemäss Art. 1 Abs. 3 in Anspruch genommen werden.

⁴ Der Fachstelle ist Zutritt zu den zum Heimbetrieb gehörenden Räumen zu gewähren.

II. Betriebsführung

Art. 5 Personelle Anforderungen¹⁾

¹ Die Leitung von Heimen darf nur Personen anvertraut werden, die sich zur einwandfreien Betriebsführung eignen.

² Anzahl und Qualifikation des Personals müssen in einem angemessenen Verhältnis zur Anzahl und zu den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner stehen; die Betreuung ist rund um die Uhr sicherzustellen.

³ Die Trägerschaften sorgen für eine bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung der Heimleitung und des Personals.

⁴ Die Sanitätsdirektion kann im Einzelfall besondere Auflagen machen.

Art. 6 Sachliche Anforderungen²⁾

¹ Anzahl, Grösse und Art der Räume und Einrichtungen müssen den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner entsprechen.

² Die Sanitätsdirektion kann im Einzelfall besondere Auflagen machen.

Art. 7 Rechtstellung der Bewohnerinnen und Bewohner

¹ Jedes Heim regelt schriftlich die Rechte und Pflichten der Bewohnerinnen und Bewohner.

² Bewohnerinnen und Bewohner haben das Recht,

- a) Einsicht in die sie betreffenden Unterlagen zu nehmen,
- b) sich mit Beschwerden direkt an die kantonale Heimkommission zu wenden und
- c) seelsorgerische und soziale Betreuung unter Beachtung der Privatsphäre in Anspruch zu nehmen.

¹⁾ vgl. Art. 14^{bis} Abs. 2 lit. a GesG

²⁾ vgl. Art. 14^{bis} Abs. 2 lit. b GesG

³ Bewohnerinnen und Bewohner, ihnen nahestehende Personen und das Pflegepersonal haben das Recht, im Rahmen der kantonalen Patientenverordnung¹⁾ die Ethikkommission anzurufen.

⁴ Zwangsbehandlung und ähnliche Massnahmen sind nur unter den Voraussetzungen der kantonalen Patientenverordnung¹⁾ zulässig.

Art. 8 Ärztliche Betreuung

¹ Die ärztliche Betreuung umfasst mindestens

- a) die regelmässige Beratung der Heimleitung durch einen Arzt oder eine Ärztin;
- b) die Sicherstellung des Notfalldienstes.

² Die freie Arztwahl bleibt gewährleistet.

III. Schlussbestimmung

Art. 9

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

¹⁾ Art. 26 ff. der Verordnung vom 6. Dezember 1993 über die Rechtstellung der Patienten und Patientinnen der kantonalen Spitäler (bGS 812.112)